

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bürger für Hohenlimburg /Piraten Hagen

Betreff:

Antrag der Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen gem. § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates: Sachstandsbericht Lehrerparkplätze und unerwünschte Auswirkungen

Beratungsfolge:

12.12.2017 Schulausschuss

Beschlussvorschlag:

Ein Beschlussvorschlag liegt nicht vor.

Begründung

Die Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen stellt in o.g. Angelegenheit gem. § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates den als Anlage beigefügten Antrag. Die Antwort der Verwaltung ist als zweite Anlage beigefügt.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

sind nicht betroffen

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Dem Antrag ist nicht zu entnehmen, ob Menschen mit Behinderung betroffen sind.

Fraktion

Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen
im Rat der Stadt Hagen



Frau Ausschussvorsitzende

Ellen Neuhaus

- im Hause -

Hohenlimburg/Hagen, 01. Dezember 2017

Sehr geehrte Frau Neuhaus,

die Fraktion Die Linke Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung des Schulausschusses am 12. Dezember zu setzen:

Sachstandsbericht Lehrerparkplätze und unerwünschte Auswirkungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht über die HSP-Maßnahme 12_48.002 „Altmäßnahme Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen“ zu geben.

Beantwortet werden sollen darin unter anderem folgende Fragen:

Wird die Maßnahme von den Lehrkräften gut angenommen?

Wird das über diese Maßnahme angestrebte Haushaltkskonsolidierungsvolumen von 70.000 Euro im Jahr 2017 erreicht?

Hat die Maßnahme dazu geführt, dass Lehrkräfte nicht mehr auf den Schulhöfen bzw. schuleigenen Parkplätzen parken und stattdessen Parkplätze im öffentlichen Raum nutzen, sodass der Parkdruck im Umfeld von Schulen durch die HSP-Maßnahme zusätzlich erhöht wird?

Gibt es andere unerwünschte Folgen auf Grund dieser HSP-Maßnahme?

2. Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass ehrenamtliche Aufsichts- und Betreuungskräfte von der HSP-Maßnahme nicht berührt werden und weiterhin kostenlos den der Schule zugeordneten Parkraum nutzen können.

Begründung: In einem Schreiben beklagt die Schulpflegschaft der Fritz-Steinhoff-Gesamtschule, dass längst nicht nur Lehrkräfte von den Parkgebühren auf Schulhöfen berührt werden. Es war sicherlich nicht beabsichtigt, durch die Maßnahme auch Ehrenamtler, Betreuungskräfte etc. zu treffen.

gez.: Frank Schmidt

Fraktionsgeschäftsführer

Ihr Ansprechpartner
Markus Gruß
Tel.: 207 - 3373
Fax: 207 - 2041

An

48/1 Herrn Bock

**Anfrage der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/ Piraten Hagen
Sitzung des Schulausschusses am 12.12.2017**

Zum Schreiben der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/ Piraten Hagen vom 01.01.2017 wird nachfolgend Stellung genommen:

Zu 1) Wird die Maßnahme „Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften“ gut angenommen?

Die auf den einzelnen Parkplätzen zur Verfügung stehenden Stellplätze sind bis auf drei Ausnahmen nahezu komplett vermietet.

Bei einem Schulkomplex sind keine Parkplätze, bei zwei anderen Schulkomplexen teilweise vermietet worden.

Zu 2) Wird das über die Maßnahme angestrebte Haushaltkskonsolidierungsvolumen von 70.000 Euro im Jahr 2017 erreicht?

Von 25 wurde für das Jahr 2017 der Betrag von 60.000 € (nicht 70.000 €) angemeldet. Dieser angemeldete Betrag wird erreicht.

Zu 3) Parken Lehrkräfte verstärkt auf Parkflächen im öffentlichen Raum?

Bei den drei unter 1) angesprochenen Schulkomplexen ist dieser Ausweicheffekt gegeben. Dazu ist anzumerken, dass bei einer dieser Schulen ausreichend Parkmöglichkeiten in der Umgebung vorhanden sind, so dass keine Probleme in der Anwohnerschaft bestehen. Bei zwei Schulen führt das Verhalten der Lehrkräfte zu Problemen.

Zu 4) Gibt es andere unerwünschte Folgen aufgrund dieser Maßnahme?

Nein

Zu 5) Auftrag dafür Sorge zu tragen, dass ehrenamtliche Aufsichts- und Betreuungs-kräfte von der Maßnahme nicht berührt werden.

Den einzelnen Schulen werden – abgestuft nach der jeweiligen Größe – kostenlose Parkausweise für Gäste zur Verfügung gestellt. Diese können die Schulen in eigener Verantwortung an die unterschiedlichen Personenkreise ausgeben. Darüber hinaus können keine kostenlosen Plätze vergeben werden, da dieses einerseits zu Lasten der Lehrerschaft gehen und andererseits zu einer Minderung des Konsolidierungserfolges führen würde.

fmP